Calwer Tagblatt

Nr. 135. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinspaltige Zeile 60 Pfg. Reklamen 2.— Mk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 14. Juni 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.90 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Um die Regierung.

Die Regierungskrise ist immer noch nicht beigelegt. Die Versuche, ein regierungsfähiges Kabinett zu bilden, gehen weiter und verlaufen beinahe programmäßig. Der Reichskanzler Müller hat den Auftrag der Kabinettsbildung am Samstag dem Reichspräsidenten zurückgegeben. Der Reichspräsident hat nunmehr den Vorsitzenden der **Deutschen Volkspartei**, Abgeordneten Dr. Heintze, zu einer baldigen Unterredung zu sich gebeten. Dr. Heintze, der Führer der Deutschen Volkspartei, ist von Dresden nach Berlin gefahren und gestern vormittag vom Reichspräsidenten zu einer Besprechung empfangen worden. Es **wurde ihm die Bildung des neuen Kabinetts** übertragen, und Dr. Heintze hat den Auftrag angenommen.

Wie die „B. Z. am Mittag" hört, traten noch am Samstag die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei zusammen, um die Bedingungen zu formulieren **für eine Teilnahme an der Regierungskoalition.** Die Deutsche Volkspartei **fordert: Entpolitisierung des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums, Stärkung der Rechte des Reichswirtschaftsrates, Aufhören der Aemterbesetzung nach der Parteizugehörigkeit und Beschränkung der politischen Beamtenstellung auf jene Verwaltungsstellen, die als unmittelbar politisch anzusehen sind.** In den Parteikreisen wird erklärt, daß die Fraktion für keinen von ihren eigenen führenden Politikern eine Ministerstelle fordere, was nicht ausschließe, daß sie Minister aus der Fraktion stelle, wenn es verlangt werden sollte und daß sie gegen **Hermann Müller als Reichskanzler oder Minister des Auswärtigen unbedingten Widerstand leisten** würde.

Der Reichskanzler Müller und der Abg. Löbe haben gestern Abend dem Abg. Heintze **offiziell mitgeteilt, daß die Mehrheitssozialdemokratie nicht in der Lage sei, sich an einer durch den Zutritt der Deutschen Volkspartei erweiterten Koalition zu beteiligen. Der Abgeordnete Heintze hat daraufhin den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt.** Die Sozialdemokratie hat damit die egoistischen Parteiinteressen höhergestellt, als das Wohl des Vaterlandes, indem sie das Kompromiß, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, ablehnte, um den bequemen Ausweg einer nichtverantwortlichen Opposition einzuschlagen. Es wird jetzt wohl kaum ein anderer Ausweg übrig bleiben, als daß alle bürgerlichen Parteien sich zu einer gemeinsamen Regierungsbildung entschließen; das bedeutet freilich ein Regieren gegen die Sozialdemokratie. Und fast scheint es, als ob dies der Wunsch der Sozialdemokraten ist. Sie haben dabei den selbstsüchtigen Hintergedanken, daß ihre Parteien durch die Opposition, in die sie dann gedrängt werden, starken Zuwachs bekommen. Die jüngste Vergangenheit hat ja deutlich genug gezeigt, wie leicht es gerade in den jetzigen außenpolitisch so schwierigen Verhältnissen für die Oppositionsparteien ist, durch billige **Kritik** und Nörgelei die Stimmen der Unzufriedenen und Verärgerten für sich zu gewinnen. Die Sozialdemokratie hofft, daß nach der bürgerlichen Regierung dann umso sicherer eine rein sozialistische an die Reihe kommt. Bis zu einem gewissen Grad geht dies aus folgender Meldung aus Berlin hervor: In der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstands und der Reichstagsfraktion der **Mehrheitssozialisten** kam, wie die heutigen Morgenblätter berichten, einstimmig die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß für die Partei die **Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Rechtsparteien enthalte, ausgeschlossen sei.** Nachdem die Unabhängigen es abgelehnt hätten, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schutz der Republik und der revolutionären Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernehme, hätten sie die Verantwortung für eine **Situation** zu tragen, **in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich sei.**

---

* **Berlin,** 14. Juni. Wenn in der sozialdemokratischen Presse gesagt worden ist, die Deutsch-Nationalen wollten gegen die Arbeiter regieren, so bemerkt die „Deutsche Tageszeitung", die **Deutsch-Nationale Volkspartei** wisse nicht nur, daß in Deutschland gar nicht mehr gegen die Arbeiter regiert werden könne, sie würde auch gar **nicht gegen die Arbeiter regieren wollen,** schon weil sie wisse, daß die willige Mitwirkung der Arbeiterschaft nötig sei, um die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. — Die Reichstagsfraktion der **Deutschen Volkspartei** tritt heute Nachmittag 4 Uhr im Reichstag zusammen. Gleichzeitig tagt die **Deutsch-Nationale Fraktion.** Das **Zentrum** berät Dienstag Vormittag. Die **Demokraten** werden Mittwoch tagen. Wie einige Morgenblätter erfahren haben, wollen die Demokraten erst die Stellungnahme des Zentrums abwarten.

Zur äußeren Lage.

Schwere Uebergriffe der Besatzungstruppen in Oberschlesien.

(WTB.) **Gleiwitz,** 12. Juni. Als sich heute Vormittag hier mehrere Gymnasiasten lächelnd über die auffällige Uniform eines schottischen Soldaten unterhielten, stachen, dem „Oberschles. Wanderer" zufolge, **französische Soldaten mit Seitengewehren auf die Schüler ein,** von denen **drei schwer verletzt** wurden. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

(WTB.) **Gleiwitz,** 13. Juni. Die **Plebiszitkommission** für Deutschland, Unterkommissariat für Gleiwitz, hat infolge der gestrigen blutigen Vorgänge an die amerikanische, englische und italienische Botschaft in Berlin, sowie an die deutsche Regierung in Oppeln nachstehendes Protesttelegramm gesandt: Soldaten der französischen Besatzung haben gestern im Beisein französischer Offiziere eine schwere Bluttat gegen zwei Schüler des hiesigen Gymnasiums verübt. Die Erregung der Bevölkerung ist aufs höchste gesteigert. **Schwerste Auseinandersetzungen sind zu befürchten,** wenn nicht für die Zukunft die Wiederholung der **zahlreichen Uebergriffe der bisherigen Besatzungstruppen,** durch deren Entfernung vermieden wird. Wir bitten einzugreifen, um dem oberschlesischen Volk endlich die langersehnte Ruhe zu geben. Die hierher entsandten französischen Truppen scheinen nicht die Eigenschaft zu besitzen, um die der Interalliierten Kommission durch den Friedensvertrag gestellten Aufgaben zu unterstützen. — Ueber den Vorgang selbst ist noch zu berichten, daß den beiden Verletzten von Seiten der französischen Besatzungskommission ein Schmerzensgeld zugesprochen und der Mutter des schwerverletzten Primaners Reh, Sohn eines früheren Oberlehrers, eine Unterstützung zugesagt worden. Eine Entschuldigung seitens der Franzosen wegen der Tat selbst ist aber bisher nicht erfolgt. Das Befinden des einen Schülers ist befriedigend. Der Schüler Reh wurde gestern operiert. Ein Blutgefäß ist verletzt und ein Liter Blut ist aus der Bauchhöhle entfernt worden. Sein Befinden hat sich soweit gebessert, daß die Aerzte hoffen, ihn am Leben zu erhalten. Die Namen der französischen Soldaten wurden festgestellt, weiteres aber noch nicht veranlaßt.

Der Deutschenhaß in Belgien.

(WTB.) **Amsterdam,** 12. Juni. In Antwerpen ist eine **antideutsche Liga** unter dem Namen **„Vergessen wir niemals"** gegründet worden. Laut „Etoile" findet am kommenden Sonntag eine **Kundgebung gegen die Rückkehr der Deutschen nach Antwerpen** statt.

Die Konferenz in Boulogne.

(WTB.) **Paris,** 14. Juni. Dem „Temps" zufolge steht das Programm über die **Konferenz** zwischen Millerand und Lloyd George in Boulogne im einzelnen noch nicht fest. Es heißt aber, daß sich die Verhandlungen auf den Bericht der französischen und englischen Sachverständigen stützen werden, den diese nach der Konferenz in Folkestone über die Festsetzung der deutschen Entschädigung ausgearbeitet haben.

Essad Pascha durch ein Attentat getötet.

(WTB.) **Paris,** 13. Juni. Heute Mittag kurz nach 1 Uhr hat ein 25jähriger Albanese namens Aweni Rustan auf Essad Pascha, den ehemaligen Gouverneur von Albanien, jetzigen Vorsitzenden der albanischen Delegation in Paris, in dem Augenblick, in dem dieser das Hotel „Continental" verließ, **zwei Revolverschüsse** abgegeben. **Essad Pascha wurde getötet.** Der Mörder ist verhaftet. Er erklärte, daß er seine Landsleute habe rächen wollen für die Leiden, die ihnen Essad Pascha zugefügt habe. — Zu dem Attentat wird weiter berichtet, daß der Täter, der sich seit dem 31. Mai in Paris aufhält und Pädagogie studiert, in den letzten zwei Tagen sich oft nach dem Hotel „Continental" begeben hatte, um dort, wie er vorgab, den Sekretär Essad Paschas sprechen zu wollen. Der Mörder wurde nach der Tat durch einen Polizeiagenten und das Publikum verfolgt und festgenommen und von der Menge durchgeprügelt.

Vom Obersten Wirtschaftsrat.

(WTB.) **London,** 12. Juni. (Reuter.) Der ständige Ausschuß des **Obersten Wirtschaftsrates** setzte die Prüfung der vorbereitenden Fragen über die Mittel zur **Wiederaufnahme des Handels mit Rußland** fort und beschloß, Krassin einen Fragebogen zuzustellen.

Von der Wiedergutmachungskommission.

(WTB.) **Paris,** 13. Juni. (Agence Havas.) Die Wiedergutmachungskommission genehmigte ein vorläufiges Abkommen bezüglich der acht von Deutschland gelieferten und in englischen Häfen liegenden Zisternenschiffe. Danach fällt die Verwaltung von 17 000 Tonnen vorläufig an Frankreich, von 12 000 Tonnen an Belgien und von 9000 Tonnen an Italien. Da aber die deutsche Gesellschaft, der diese Schiffe gehören, nur die Filiale einer großen amerikanischen Gesellschaft ist, hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten jeder Zuweisung widersetzt, solange die amerikanischen Interessen nicht gewahrt sind. Ein Schiedsgericht wird später über die Eigentumsfrage entscheiden.

Aus dem Botschafterrat.

(WTB.) **Paris,** 12. Juni. Havas meldet: Der Botschafterrat nahm einen Bericht über den Stand der in **Paris zwischen Polen und Deutschland** stattfindenden Verhandlungen bezüglich der Anwendung des Friedensvertrags entgegen. Dann wurde einer Vorlage des Obersten Wirtschaftsrates über die Bestandsaufnahme des rollenden Materials in Europa zugestimmt. Zum Schluß wurde das Gesuch der griechischen Regierung bezüglich der Zulassung Griechenlands zu den verschiedenen **Donaukommissionen** einer Beratung unterzogen.

Amerikanische Fabriken in Deutschland.

Dem deutschamerikanischen Wirtschaftsverband zufolge plant die „National Cash Register Company" den Bau einer großen Fabrik in Deutschland um durch deren Erzeugung den europäischen Markt mit ihren Waren direkt zu versorgen. Auch verschiedene andere amerikanische Großfirmen beabsichtigen, lt. Frankfurter Ztg. den Bau von Fabriken in Deutschland.

Ausland.

Die italienische Kabinettskrise.

(WTB.) **Rom,** 13. Juni. (Havas.) Das Ministerium ist noch nicht endgültig gebildet. Immerhin hofft Giolitti, morgen seine Liste bekanntgeben zu können.

(WTB.) **Rom,** 14. Juni. Der König empfing Giolitti, der über seine Unterhandlungen zur Beilegung der Ministerkrise Bericht erstattete.

Der Krieg im Osten.

(WTB.) **Rom,** 12. Juni. Die **Eisenbahner** in Cremona und Mailand sind in den **Ausstand** getreten, um die **Entsendung von Munition nach Polen zu verhindern.** In Triest kam es zu stürmischen **Protestkundgebungen** gegen die Entsendung von Truppen nach Albanien. Ein Offizier wurde getötet, zwei Soldaten sind schwer verletzt.

(WTB.) **Paris,** 13. Juni. Nach einer Meldung des „Matin" aus London berichtet der „Observer", die **Polen** hätten am Freitag **Kiew geräumt** und die bolschewistische Kavallerie habe einige Kilometer hinter Kiew ihre Verbindungen abgeschnitten.

(WTB.) **Warschau,** 14. Juni. Nach dem polnischen **Generalstabsbericht** vom 11. Juni ist im nördlichen Abschnitt längs der Beresina die Lage im allgemeinen unverändert.

Gegenrevolution in Rußland?

(WTB.) **Tokio,** 14. Juni. (Reuter.) In Wladiwostok wurde ein **Moskauer Funkspruch** aufgefangen, wonach in Rußland die **Gegenrevolution ausgebrochen** sei. Trotzki soll ermordet worden sein. Lenin befinde sich auf der Flucht. **Eine neue Regierung** soll sich **unter Brussilow gebildet** haben.

Rumäniens Getreideausfuhr.

(WTB.) **Bukarest,** 14. Juni. (Tel.Ag. Damian.) Nach Berechnung des Ackerbauministeriums wird Rumänien **Getreide im Werte von drei Milliarden ausführen** können.

Die internationale Arbeitskonferenz in Genua.

(WTB.) **Berlin,** 12. Juni. Die für Genua bestimmten deutschen Delegierten zu der Internationalen Arbeitskonferenz verlassen heute Berlin. Es sind Reichsminister a. D. Wissel, Geh. Rat Werner, Geh. Rat Dr. Leymann, Direktor Döger-Hamburg, Konsul Arthur Kunstmann-Stettin, Syndikus Dr. Taenzler-Berlin, Dr. Schmitz-Duisburg, Paul Müller-Hamburg, Herr Schumann-Berlin, Kommerzienrat Horn-Duisburg.

Die amerikanischen Präsidentschaftskandidaten.

(WTB.) **Chicago,** 12. Juni. (Reuter.) Harding, Senator von Ohio, ist von den Republikanern auf ihrem Konvent zum Präsidentschaftskandidaten gewählt worden. Bei der zehnten und letzten Abstimmung erhielt Harding 692, Wood 156 und Lowden 11 Stimmen.

(WTB.) **Paris,** 13. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Chicago wurde zum Kandidaten für die **Vizepräsidentschaft** der Gouverneur des Staates Massachusetts, Coolidge, gewählt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist ausgebrochen in Simmozheim. In den 10-Kilometer-Umkreis fallen sämtliche Orte des Bezirks, mit Ausnahme der Bergorte: Aichhalden, Neuweiler und Zwerenberg. Weitere Bekämpfungsmaßregeln folgen.

Calw, den 14. Juni 1920.

Oberamt: Amtmann Bögel.

Oberamt Calw.
Betreff: Schlachtviehpreise.

Nach Mitteilung der Fleischversorgungsstelle ist durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 4. Juni ds. Js. der Höchstpreis für Schlachtvieh in folgender Weise festgesetzt worden:

a) für Großvieh:

Klasse C: gering genährtes Rindvieh einschließlich gering genährte Fresser nicht mehr als	240 ℳ
Klasse B: fleischiges Rindvieh	340 ℳ
Klasse A: vollfleischiges Rindvieh (Ochsen, Stiere, Rinder, Farren, Kühe)	380 ℳ
Klasse AI: ausgemästetes oder vollfleischiges Rindvieh höchsten Schlachtwertes (Fetträger) für je 50 Kilogramm Lebendgewicht,	420 ℳ

b) für Kälber:

unter 3 Monaten für 50 Kilogramm Lebendgewicht	450 ℳ

c) für Schweine:

bis auf Weiteres für 50 Kilogramm Lebendgewicht	600 ℳ

d) für Schafe:

Kl. I: 400 ℳ, Kl. II: 350 ℳ, Kl. III: 300 ℳ, Kl. IV: 240 ℳ für je 50 Kilogramm Lebendgewicht.

Die Bestimmungen über die Häutemehrerlöse kommen in Wegfall: Die Verfügung der Fleischversorgungsstelle vom 4. März 1920, Staatsanzeiger Nr. 54, betr. Kälberaufbringung wird aufgehoben, ebenso der Runderlaß vom 17. März 1920 Nr. 2385 betr. Verkehr mit Häuten aus Notschlachtungen.

Die Häute gehören in Zukunft den Metzgern bezw. den Notschlächtern.

Bei Festsetzung der Wertsklassen für Großvieh ist künftighin für Schlachtvieh der **bisherigen 1. Wertsklasse** der Preis der A-Klasse mit 380 ℳ, für die bisherige 2. Wertsklasse der Preis der B-Klasse mit 340 ℳ, und für die bisherige 3. Wertsklasse der Preis der C-Klasse mit 240 ℳ maßgebend.

In Klasse A I dürfen nur Tiere höchsten Schlachtwertes (sogenannte Fetträger) aufgenommen werden.

Für ganz gering genährte Tiere, die bisher in die 4 bezw. 5. Klasse kamen, hat nach Ziff. 6 der Geschäftsanweisung der Fleischversorgungsstelle vom 21. November 1917 der Abnahmeausschuß den Preis festzusetzen.

Calw, den 12. Juni 1920.

Oberamtmann: Göss.

Bekanntmachung betr. die Feldbereinigung in Liebelsberg.

Nachdem die Maße und Werte der zu bereinigenden Fläche festgestellt sind, werden den Grundeigentümern die Besitzstandsauszüge von der Vollzugskommission zugestellt werden.

Die Besitzstands- und Einschätzungstagfahrt findet am

Mittwoch, den 30. Juni 1920, vorm. 10 Uhr

auf dem Rathaus in Liebelsberg statt.

In derselben können alle Interessenten ihre Einwendungen gegen die Besitzstandsaufnahme oder gegen die Einschätzung vorbringen.

Dies wird mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß etwaige Einwendungen bei der Vollzugskommission oder beim Oberamt (bei letzterem nur schriftlich) bis zur Tagfahrt oder spätestens auf letzterer selbst vorgebracht werden können und daß eine Versäumung dieser Frist durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht wieder gut gemacht werden kann.

Die Mitglieder der Vollzugskommission sind auf Verlangen bereit, das von ihr eingehaltene Verfahren auf der Tagfahrt mündlich zu erläutern.

In der Zwischenzeit sind die Besitzstands- und Einschätzungsakten (Situationsplan, Bonitierungsverzeichnis, Besitzstandsregister usw.) zwei Wochen lang vor dem Termin auf dem Rathaus in Liebelsberg zur allgemeinen Einsicht aufgelegt.

Calw, den 12. Juni 1920.

Oberamtmann: Göss.

Verursachung von Bränden durch das Spielen mit Zündhölzern und feuergefährlichen Stoffen.

Mit Bezug auf den Erlaß des K. Ministeriums des Innern vom 26. April 1905 (A.-Bl. S. 232), sowie vom 30. Oktober 1906 (A.-Bl. S. 332) wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den durch einen Brand an ihren Gebäuden Beschädigten eine Entschädigung von der Gebäudebrandversicherung nicht zuteil wird, wenn sie die Entstehung des Brandes selbst durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet haben (Art. 32 Abs. 2 des Gebäudebrandversicherungsgesetzes vom 14. März 1853), daß ebenso den Mobiliarfeuerversicherungsanstalten gesetzlich verboten ist, irgend eine Entschädigung an solche durch Verbrennen ihrer Fahrnis Beschädigte auszubezahlen, denen bezüglich des ihnen zugestoßenen Brandunglücks eine Feuerverwahrlosung zur Last fällt (Art. 18 Abs. 1 des Mobiliarfeuerversicherungsgesetzes vom 19. Mai 1852) und daß eine grobe Fahrlässigkeit oder eine Feuerverwahrlosung im Sinne der genannten Bestimmungen auch in dem Unterlassen genügender Beaufsichtigung der Kinder oder gehöriger Verwahrung der Zündhölzer und der besonders feuergefährlichen Stoffe gefunden werden kann.

Die Ortspolizeibehörden werden angewiesen, Vorstehendes in ortsüblicher Weise bekannt zu geben (Abs. 4 des Minist.-Erl. vom 30. Okt. 1906 und den Mitgliedern der Ortfeuerschaukommission und den Polizeiorganen die größte Wachsamkeit in Bezug auf Uebertretungen der §§ 1—3 der V.O. betr. die Feuerpolizei und der §§ 2 und 3 der Min.-Verf. betr. die Reibfeuerzeuge zur besonderen Pflicht zu machen (Abs. 2 Ziff. 1 des Min.-Erlasses vom 26. April 1905).

Calw, den 11. Juni 1920.

Oberamt: Goes.

Die nächsten Mehlanweisungen

werden wie folgt erteilt:

am **Montag**, den 21. Juni
für die Bäcker und Händler der Stadt Calw, Hirsau, Liebenzell und Unterreichenbach,

am **Dienstag**, den 22. Juni
für die Bäcker und Händler der übrigen Bezirksgemeinden.

Calw, den 12. Juni 1920.

Kommunalverband Calw: Oberamtmann Göss.

Deutschland.

Vor dem Ende der Zwangswirtschaft für Fett.

(WTB.) **Berlin**, 12. Juni. Der Vorstand der Fachgruppe der Oel- und Fettindustrie beim Reichsverband der deutschen Industrie hat in seiner Sitzung vom 9. ds. Mts. zu der Frage der **Aufhebung der Zwangswirtschaft** Stellung genommen und erklärt, die Verhältnisse hätten sich zweifellos so weit geändert, daß an eine Beseitigung der Zwangswirtschaft gedacht werden könne. Er **warne aber von einer plötzlichen unvorbereiteten Aufhebung der Zwangswirtschaft.** Denn diese bedeute eine große **Gefahr für die Fettversorgung** der deutschen Bevölkerung und für die weitere Beschäftigungsmöglichkeit sämtlicher Industrien des Oel- und Fettbetriebs. Vor der Entscheidung dieser Frage müßten eingehende Verhandlungen mit allen beteiligten Kreisen gepflogen werden.

Einberufung des Reichswirtschaftsrats.

(WTB.) **Berlin**, 12. Juni. Die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist, der „Voss. Ztg." zufolge, zum 30. Juni beschlossen worden.

Die Kriegsgerichte im Ruhrgebiet.

(WTB.) **Münster i. Westf.**, 13. Juni. Von 451 durch die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet verurteilten Personen sind Gnadengesuche eingereicht worden. Der Reichspräsident hat bisher in 115 Fällen von seinem Gnadenrecht Gebrauch gemacht. **In 26 Fällen** hat er die Gesuche **abgelehnt.** Die Entscheidung über die übrigen Gnadengesuche ist ebenfalls binnen kurzem zu erwarten. Von den zahlreichen, während der Unruhen im Ruhrgebiet verhafteten Personen ist inzwischen der größte Teil wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Nur die gemeiner oder schwerer Vergehen oder Verbrechen Verdächtigen werden weiter in Haft behalten.

Aufhebung des Ausnahmezustands im Ruhrgebiet.

(WTB.) **Berlin**, 12, Juni. Der Reichspräsident hat auf Antrag der preußischen Regierung nunmehr die **Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet** verfügt. Die Verordnung wird voraussichtlich noch heute veröffentlicht werden und als Tag des Außerkrafttretens den **17. Juni 1920** bezeichnen. Die Ablieferung der Waffen wird hierdurch nicht berührt. Ferner hat der Reichspräsident die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien verfügt.

Das Wahlergebnis und die Heeresverminderung.

(WTB.) **Amsterdam**, 12. Jui. Zu den **deutschen Reichstagswahlen** erklären die „Times": Am 10. Juli muß Deutschland laut Vertrag sein **Heer auf 100 000 Mann herabgesetzt** haben. Das **Anwachsen der unabhängigen Stimmen** wird zweifellos dazu benutzt werden, um einen Aufschub der Heeresverminderung zu fordern. Wenn England seinen französischen Alliierten in dieser Frage nicht offen und ehrlich unterstützt, wird das Vertrauen Frankreichs, das in letzter Zeit in bedauerlicher Weise abgenommen hat, vielleicht nicht wieder herzustellen sein.

Ein neues Wahlgesetz für Sachsen.

* **Berlin**, 14. Juni. In dem Entwurf eines Wahlgesetzes, den die sächsische Regierung für den Landtag vorbereitet, wird an einer bestimmten Anzahl Abgeordneter festgehalten und eine andere Wahlkreiseinteilung vorgesehen.

Aerzte und Krankenkassen.

* **Berlin**, 14. Juni. Der Beirat des **wirtschaftlichen Aerzteverbandes** nahm gestern und vorgestern in Leipzig Stellung in Sachen des **Konflikts mit den Krankenkassen.** Der Schiedsspruch über die Honorare wurde angenommen.

Eine Drohung des bayrischen Verkehrspersonals.

* **Berlin**, 13. Juni. Nach einem Privattelegramm des „Berl. Tagebl." droht das bayerische Verkehrspersonal zum 30. Juni geschlossen aus dem Reichsdienst auszutreten, wenn es bis dahin von der Reichsverkehrsbesoldungsordnung nicht günstiger eingestuft wird.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. Juni 1920.

Kammermusikabend.

* Die **Spöhrer'sche Höhere Handelsschule** veranstaltete gestern im Dreiß'schen Saale einen **Kammermusikabend** für die Schüler der Anstalt, zu dem auch Gäste aus der Stadt geladen waren. An dem Konzert wirkten mit Frl. Nella Scharff-Liebenzell (2. Violine), Herr Hauptmann Kurt Ruoff (1. Violine), Herr Oberbaurat Eisenlohr-Stuttgart (Viola), Herr Lutz Eisenlohr-Stuttgart und Herr Dr. Erwin Weber-Calw, sämtliche Liebhaberkräfte, die das Streben nach künstlerisch-musikalischer Betätigung zusammengeführt hat. Daß die Herrschaften feines musikalisches Empfinden mit ernstem kunstbegeistertem Eifer verbindet, und daß sie im Hinblick auf diese Vorbedingungen für ein erfolgreiches Schaffen bestens aufeinander abgestimmt sind, das zeigten die gestrigen Darbietungen, in denen sie wiederum ein feines, auserlesenes Programm zum Vortrag brachten. Haydn und Mozart, neben Beethoven die typischen Vertreter der Kammermusik. Während der letztere mehr zur ernsteren, schweren Musik neigt, kommt in Haydn und Mozart der leichtere, graziöse Ton des österreichischen Charakters zur Geltung, der jedoch nirgends in Oberflächlichkeit verfällt. Während die Mozartschen Opern fraglos hier und dort etwas auf das „Publikum" eingestellt sind, zeugen seine symphonischen Werke, und namentlich seine Quartette und Quintette von gediegener, großzügiger Gestaltungskraft und von einem wundervollen musikalischen Reichtum, der Gemüt und Geist gleichmäßig in Anspruch nimmt. So boten auch die Vorträge seines Streichquartetts C-Dur und seines Streichquintetts C-Dur einen erhebenden Genuß. Das Quintett überragt das Quartett noch inbezug auf Reife der Form und Reichtum der Thematen. Beide Stücke wurden vollwertig wiedergegeben, sodaß auch beim geschulten Zuhörer nicht einen Augenblick der Eindruck erweckt werden konnte, daß man es mit Liebhaber-Darbietungen zu tun hatte. Beste Einfühlung der Vortragenden ineinander, pünktliche Beobachtung der äußeren Linienführung, und feine Wiedergabe des reichen Empfindungslebens, das aus den Werken des Meisters spricht, das alles zusammen ermöglichte bei tüchtiger technischer Einzelausbildung einen restlos befriedigenden Vortrag. Besonders schön wurden die Sätze des Quintetts gegeben, das großzügig angelegte, rhythmisch prächtige Allegro, das prickelnde Menuetto-Allegretto, das wundervoll weiche und warme Andante, und schließlich das flüssig-zarte Allegro mit seinem schwungvollen Abschluß. Einen besonderen Beifall fand das Adagio Cantabile aus dem Streichquartett Op. 76 Nr. 3 von Haydn, dessen reizvolles Leitmotiv in unserem Nationallied „Deutschland, Deutschland über alles" verwertet ist. Die zartgegliederten, symphonisch anmutenden Sätze desselben wurden mit innigem Empfinden herausgearbeitet. Der mitreißende Vortrag und das gerade in der jetzigen Zeit besonders nach Auslösung trachtende vaterländische Gefühl verlangten spontan eine Wiederholung des Stücks, und die Vortragenden kamen diesem Wunsche auch gerne entgegen. Die Mitwirkenden konnten an den jeweils nachhaltigen, warmen Beifallsbezeugungen die Freude und den Genuß bemessen, die sie den zahlreichen Zuhörern, Schülern wie geladenen Gästen, mit ihren wahrhaft künstlerischen Leistungen bereitet haben.

Aus dem Bezirksarbeitsamt.

Unter dem Vorsitz von Oberamtmann Göss trat der **Verwaltungsausschuß des Bezirksarbeitsamts Calw** zusammen. Außer den gewählten Ausschußmitgliedern war auch der Vertreter der Amtskörperschaft Nagold, Oberamtmann Münz, zur Sitzung erschienen. Der Geschäftsleiter des Bezirksarbeitsamts, **Verwalter Proß**, trug zunächst den Geschäftsbericht des Bezirksarbeitsamts für das Jahr 1919 vor. Demselben ist über die Stellenvermittlung nachfolgendes zu entnehmen:

1. männliche Abteilung:

Arbeitsuchende	offene Stellen	besetzte Stellen
1412	723	489

2. weibliche Abteilung:

142	326	61
zus.: 1554	1049	550.

Hienach war das Bezirksarbeitsamt in der Lage, die Besetzung von 550 Stellen zu vermitteln, was als eine recht erfreuliche Leistung zu bezeichnen ist. Bezeichnenderweise war das Arbeitsangebot bei den Männern größer, als die Zahl der verfügbaren Stellen. Bei den Frauenspersonen war dies dagegen umgekehrt. Dies ist erklärlich aus der Rubrik: „Häusliche Dienstboten". 234 offenen Stellen für Dienstboten standen nur 65 Arbeitsangebote gegenüber.

Aus dem Geschäftsbericht entnehmen wir im Einzelnen: Das Bezirksarbeitsamt wurde bald nach seinem Inslebentreten bei der Bevölkerung der Bezirke Calw und Nagold bekannt. Die durch das Kriegsende veränderte wirtschaftliche Lage hatte in erster Linie die Einstellung der Heeresaufträge zur Folge, was sich auch im Arbeitsamtsbezirk bemerkbar machte. Das Arbeitsamt sah das Anschwellen der Arbeitsuchenden vor sich, demgegenüber nur wenig Stellenangebote zu verzeichnen waren. Die gesetzliche Bestimmung, wonach die aus dem Kriege heimkehrenden Leute wieder in die Arbeitsstellen, in denen sie am 1. August 1914 waren, zurückkehren mußten, brachte hierin eine kleine Erleichterung. Es machte sich ein Abnehmen der arbeitsuchenden Kriegsteilnehmer fühlbar; indessen nicht alle Leute konnten auf diese Weise untergebracht werden. Es mußte den Stellenlosen entweder Erwerbslosenunterstützung oder sonstige Beschäftigung zugeführt werden. Die Stadt- und Landgemeinden standen in mehr oder weniger dringendem Maße dieser Tatsache gegenüber und sahen sich zur Ausführung von Notstandsarbeiten gezwungen. In den Gemeinden, die Waldungen hatten, wurden außerordentliche Waldarbeiten erledigt und Notstandsarbeiter hierbei beschäftigt, in den größeren Stadt- und Landgemeinden wurden auch Straßenneubauten und -Ausbesserungen vorgenommen. Unter den Notstandsarbeitern befanden sich in der Hauptsache Leute, die vor dem Krieg im Nahrungsmittelgewerbe beruflich tätig waren, aber auch aus anderen Gewerben, wie der Textil- und Maschinenindustrie, waren Leute als Notstandsarbeiter, wenn auch zum Teil nur vorübergehend, beschäftigt. Die Folge der Ausnutzung dieser Arbeitsgelegenheiten war, daß die Erwerbslosenfürsorge seitens der Gemeinden nur in beschränktem Maße in Anspruch genommen werden brauchte. In Bezug auf den Geschäftsanfall des Arbeitsamtes im Allgemeinen wurde ein stetes Wachsen desselben wahrgenommen, welches sich weniger auf die Vermittlungstätigkeit selbst, als vielmehr auf die immer zahlreicher gewordenen mündlichen Auskünfte, durch Telefongespräche und persönlichen Unterredungen erstreckt, namentlich wurde auch vielfach von Durchreisenden beim Arbeitsamt Rat eingeholt. Außerdem nahm die Stellungnahme zu Verfügungen und Anfragen immer mehr Zeit in Anspruch. Ein anderer Vergleich zeigt, daß das Arbeitsamt von der ländlichen Bevölkerung im Verhältnis lange nicht in dem Maße wie von der Industrie angegangen wurde.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes spricht sich der Geschäftsbericht aus wie folgt: Wenn auch der Arbeitsmarkt einerseits durch die Landwirtschaft, die für eine Arbeitsvermittlung schwer zugänglich war, und andererseits durch die eingeschränkte Kohlenversorgung für die Industrie mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen war, so kann doch angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage hauptsächlich mit Rücksicht auf die regere Tätigkeit in der Holz- und Bekleidungsindustrie die Arbeitsmarktlage in den Arbeitsamtsbezirken als eine

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

günstige bezeichnet werden. Im Einzelnen sei hierzu ausgeführt: Die Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft und Gärtnerei war, durch die verschiedenen Jahreszeiten bedingt, mehr oder weniger rege. — Die Arbeitsvermittlung für die Landwirtschaft litt dadurch, daß die Arbeitgeber die offenen Stellen wenig oder nicht beim Arbeitsamt anzeigten. Stellensuchende waren immer vorhanden. Für die Forstwirtschaft wurden fast ausschließlich Notstandsarbeiter vermittelt; die offenen Stellen in der Gärtnerei wurden ebenfalls nur zu einem geringen Teile gemeldet. Der Arbeitsmarkt in der Metall- und Maschinenindustrie war durch die Demobilmachung bei Beginn des Jahres stark beeinträchtigt; bis Ende des Jahres konnte ein gewisser Ausgleich beobachtet werden. Die Vermittlungstätigkeit für diesen Erwerbszweig zeitigte immer einen Ueberschuß von Nachfragen: Maschinisten, Monteure, Schlosser waren öfters längere Zeit arbeitslos, dagegen konnten Schmiede und Goldarbeiter leichter untergebracht werden. Für die Textilindustrie, die den Verhältnissen entsprechend auch nur in beschränktem Umfange tätig war, konnten nur wenige Arbeiter vermittelt werden; es dürfte sich diese Tatsache aus dem Umstand erklären, daß die Fabriken ihre entlassenen Leute bei Bedarf wieder direkt anforderten. In der Lederindustrie war gegen Ende des Jahres ein Abflauen zu beobachten. Stellenlose Gerber wurden jedoch nicht gemeldet. Der Arbeitsmarkt im Holz- und Schnittstoffgewerbe war günstig. Es war immer ein Ueberschuß an Angeboten für Schreiner, Wagner und Säger zu verzeichnen. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe waren die Berufsarbeiter nur in Grenzen tätig. Es war immer ein Ueberschuß an stellensuchenden Bäckern, Konditoren und Metzgern zu verzeichnen; auch Zigarrenmacher waren zeitweise stellenlos. Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe war die Arbeitvermittlung das ganze Jahre hindurch günstig. Es fanden Schneider und Schuhmacher immer Beschäftigung. Auch das Baugewerbe entfaltete da, wo es nicht an Material fehlte, rege Tätigkeit. Maurer und Gipser konnten immer Beschäftigung finden. Im Vervielfältigungsgewerbe war ein Ueberschuß an Arbeitskräften zu beobachten. Buchbinder und Schriftsetzer waren stellenlos. Das Handelsgewerbe litt sehr stark unter den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen. Kaufleute und technische Angestellte waren in großer Zahl stellenlos. Die Zahl der Stellenlosen wurde dadurch gemindert, daß von den Behörden Leute eingestellt wurden. Auch im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war ein Ueberschuß an Stellensuchenden vorhanden. Für häusliche Dienste konnten die angeforderten Dienstmädchen nur selten vermittelt werden. Die Mädchen zogen mit Rücksicht auf die weniger gute Bezahlung für häusliche Dienste vor, in ihren Verhältnissen zu bleiben, wenn sie nicht zu einem Erwerb in den Fabriken gezwungen waren. Bei einem Ueberblick über die ganze Vermittlungstätigkeit im Berichtsjahre bekommt man den Eindruck, daß in Bezug auf Arbeitsvermittlung zu Gunsten der Beteiligten noch mehr getan werden könnte, wenn von Seiten der Bevölkerung dem Arbeitsmarkt mehr Vertrauen entgegengebracht würde, insbesondere wäre sehr zu wünschen, daß die Arbeitgeber in ausgedehnterem Maße, als bisher, die offenen Stellen beim Arbeitsamt anmelden.

Im Anschluß hieran warf ein Mitglied von Nagold die Frage auf, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn der Bezirk Nagold sich von dem Bezirksarbeitsamt Calw wieder trenne und ein eigenes Bezirksarbeitsamt einrichte. Der Vorsitzende machte hiezu darauf aufmerksam, daß nach den Abmachungen mit dem Bezirk Nagold eine Trennung möglich sei, und daß es dem Bezirk Nagold überlassen bleiben müsse, einer Kündigung näher zu treten, falls er glaube, durch die Schaffung eines eigenen Bezirksarbeitsamtes seinen Interessen besser gedient sei; für den Bezirk Calw liege zunächst kein Anlaß vor, eine Kündigung in Erwägung zu ziehen. Im Uebrigen findet der Geschäftsbericht die Billigung des Verwaltungsausschusses.

Sodann bringt der Vorsitzende die Schaffung eines Gewerbegerichts für den Bezirk Calw zur Sprache. Den Gewerbegerichten kommt bekanntlich die Aufgabe zu, die gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Ausschaltung der Gemeindegerichte und des Amtsgerichts in einem verkürzten Verfahren unter Zuziehung von je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zur Entscheidung zu bringen. Hierunter fallen die Fabrikbetriebe, die Handwerksbetriebe, das Wirtschaftsgewerbe u. a. gewerblichen Betriebe, nicht aber gehören in die Zuständigkeit des Gewerbegerichts die Streitigkeiten der kaufmännischen Angestellten, die Streitigkeiten der forst- und landwirtschaftlichen Arbeiter, und der häuslichen Dienstboten mit ihren Arbeitgebern bezw. Dienstherrschaften. Das Gesetz sieht die Errichtung von Gewerbegerichten grundsätzlich als Sache der einzelnen Gemeinden an, eröffnet aber die Möglichkeit, daß sich mehrere Gemeinden zur Errichtung eines gemeinsamen Gewerbegerichts zusammenschließen. Dieser Weg zur Lösung der Frage erscheint für ländliche Bezirke etwas umständlich. Besten Falles wäre so vielleicht zu erreichen, daß einige Gemeinden diese Einrichtung treffen würden, während die anderen Gemeinden ohne diese Einrichtung bleiben würden. Dieser Zustand könnte aber schwerlich befriedigen. So taucht von selbst der Gedanke auf, die Gewerbegerichtsfrage in der Weise zu lösen, daß ein Gewerbegericht mit Sitz in Calw als eine Amtskörperschaftseinrichtung für den ganzen Bezirk Calw geschaffen wird, ähnlich wie das Bezirksmieteinigungsamt für die Mietsstreitigkeiten des ganzen Bezirks und das Bezirksarbeitsamt als Arbeitsvermittlungsstelle für den ganzen Bezirk. Der Vorsitzende bat die Ausschußmitglieder um Stellungnahme. Die im Verwaltungsausschuß sitzenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren dabei einhellig der Auffassung, daß die Schaffung von Gewerbegerichten im Bezirk Calw nicht länger hintangehalten werden könne, im Gegenteil, sie werde von Tag zu Tag dringlicher. Auch sprachen sie sich einhellig dahin aus, daß die Schaffung eines Gewerbegerichts als Bezirkseinrichtung derjenigen eines oder mehrerer Gewerbegerichte als Gemeindeeinrichtung vorzuziehen sei. Endlich war noch die Erwerbslosenfürsorge Gegenstand der Besprechung. Zur Stellung von Anträgen kam es hierbei jedoch nicht.

Vom Auswanderungswesen.

Der Vorsitzende des Deutschen Auslandsmuseums, Kommerzienrat Dr. Theodor Wanner, ist vom Reichsrat in den Beirat für das Auswanderungswesen berufen worden.

Weitere württ. Reichstagsabgeordnete.

Außer dem Kultminister Dr. Hieber hat durch die Reichsliste der deutsch-demokratischen Partei ein Reichstagsmandat erhalten der frühere Abg. Syndikus Keinath-Berlin, der frühere württ. Nationalliberale. Auf die Reichsliste der Sozialdemokraten entfiel ein weiteres württ. Mandat, das den Reichsarbeitsminister Schlicke-Stuttgart trifft.

Württ. Schiffsbaulieferungen.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Die Beteiligung der württ. Industrie an den Schiffsbaulieferungen nimmt ständig zu. Während in der letzten Hälfte 1919 nur rund für 1½ Millionen M. Aufträge nach Württemberg gelangten, weist allein der Februar 1920 eine Beteiligung an den Schiffsbaulieferungen von über 1,6 Millionen württ. Aufträge auf. Anfragen wegen der Beteiligung sind an die Abteilung für Schiffsbaulieferungen beim Württ. Rohstoff- und Auftragsamt und an die Württ. Vermittlungsstelle für Schiffsbauaufträge, Handelshof Stuttgart, zu richten.

Die Ueberwachung des Achtstundentags.

Für alle Personen, die mit kaufmännischen oder technischen Diensten oder mit Schreib-, Rechen- oder ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden, gilt die achtstündige Arbeitszeit. Die Aufsicht über die Durchführung ist neben den ordentlichen Polizeibehörden den Gewerbeinspektoren übertragen worden. Das Gewerbeaufsichtsamt hat zu diesem Zweck besondere Beamte (Handelsaufsichtsbeamte) angestellt. Sie überwachen auch die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und die sonstigen Arbeitsverhältnisse der Angestellten. Die Revisionen in den Handelsbetrieben haben bereits eingesetzt.

Die Protestbewegung gegen die Telefonverteuerung.

Neue Berichte über die im ganzen Lande um sich greifende Protestbewegung gegen die heillose Verteuerung des Fernsprechwesens liegen vor aus Vaihingen a. E., Aalen, Böblingen, Blaubeuren, Crailsheim und Waiblingen. Zumeist sind es die Gewerbevereine, die in gut besuchten Versammlungen die sofortige Kündigung ihrer Anschlüsse und der Erlaubnis zum Anbringen von Gestängen auf den Häusern der Teilnehmer beschließen. Zum Teil haben sich sämtliche Inhaber von Fernsprechanschlüssen in einzelnen Orten zur Einreichung dieser Kündigung bereit erklärt. Zum Teil war man auch dafür, mit den Massenkündigungen noch zu warten in der Hoffnung, daß die Regierung die Rücksichtnahme auf so berechtigte Wünsche der Gewerbetreibenden nicht versagen werde.

Der Uebergang der Württ. Post an das Reich.

In allernächster Zeit werden in Berlin die Verhandlungen über die Einreihung der württ. Postbeamten in die Reichsbesoldungsordnung stattfinden. Damit ist dann der Uebergang der württ. Postverwaltung an das Deutsche Reich vollzogen, nachdem vor kurzem die Uebernahme in Stuttgart erfolgt ist. In feierlichem Amtsakt hat hier am 14. Mai der Präsident der bisherigen Generaldirektion der Posten und Telegraphen, v. Metzger, die Leitung und die Anlagen der württ. Post an den Vertreter des Reichspostministers, den Staatssekretär Teucke, der mit einem Stab von Beamten eingetroffen war, übergeben.

Auslandsporto.

Bei den Postanstalten werden täglich sehr viele Briefsendungen nach dem Ausland eingeliefert, die unzureichend freigemacht sind. Dies läßt darauf schließen, daß die Versender mit den hierfür geltenden neuen Gebührensätzen wenig vertraut sind. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß für Briefe nach dem Freistaat Danzig, Luxemburg, dem Memelgebiet, Oesterreich, Ungarn Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) und nach der ersten Zone des Abstimmungsgebiets Schleswig die neuen Gebührensätze des inneren deutschen Verkehrs gelten. Nach dem übrigen Ausland sind die Gebühren für Briefe bis 20 Gramm auf 80 Pfg. und für jede weiteren 20 Gramm auf 60 Pfg. und die Gebühr für Postkarten auf 40 Pfg. festgesetzt worden. Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere nach anderen als den vorgenannten Ländern unterliegen einer Gebühr von 20 Pfg. für je 50 Gramm; die Mindestgebühr beträgt für Warenproben 40 Pfg. und für Geschäftspapiere 80 Pfg. Die Einschreibgebühr beträgt bei Briefsendungen nach den im vorstehenden bezeichneten Ländern 50 Pfg., nach dem übrigen Ausland 80 Pfg.

Die Neuordnung des Kindergärtnerinnenwesens.

Das württ. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens hat am 1. Mai eine Verfügung erlassen, die die Ausbildung und Prüfung der Kindergärtnerinnen zum Gegenstand hat. Damit wird diese Prüfung staatlich; sie findet an öffentlichen oder solchen privaten Bildungsanstalten statt, die vom Kultministerium für geeignet erklärt werden. Die Ausbildungszeit an solchen Anstalten ist eine mindestens 2jährige. Die Bewerberinnen zur Prüfung müssen 19 Jahre alt sein. Geprüfte Lehrerinnen aller Art werden zur Prüfung zugelassen, wenn sie eine entsprechende Ausbildung nachweisen. Diese erreichen sie am besten durch einjährigen Besuch eines Kindergärtnerinnenseminars. Bewerberinnen, die weder Lehrerinnen sind noch den üblichen Bildungsgang als Kindergärtnerinnen durchgemacht haben, können sich unter genauer Darlegung ihres Bildungsganges unmittelbar an die Unterrichtsverwaltung wenden und werden im Falle der Zulassung einem staatlich anerkannten Seminar zur Teilnahme zugewiesen.

Neue Milchhöchstpreise.

Durch eine Verfügung des Ernährungsministeriums werden die Höchstpreise für Milch, Butter, Butterschmalz und Käse vom 15. Juni ab wesentlich erhöht, durchschnittlich um 60 Prozent. Der Erzeugergrundpreis für 1 Liter Genußmilch beträgt 1,20 M, der Verbraucherpreis in Bedarfsgemeinden 1,55 M. Verarbeitungsmilch kostet beim Erzeuger 1,05 M, Magermilch 40 Pfg. (für die Verbraucher 70 Pfg.). Der Herstellerpreis für Butter beträgt für je 50 Kilogramm 1220 M, für Landbutter 1100 M und für Butterschmalz 1500 M. Die Käsepreise sind folgende: Emmentaler im Kleinhandel 1 Pfund 7 M, Tilsiter 6,60 M, Limburger Weichkäs 4,50 M, Camembertkäse 4,50 M, Speisequark 2,30 M, Molkeneiweiß 3,50 M. Die Höchstpreise für Käse treten erst später in Kraft. Als Grund für die Preiserhöhung wird im „Staatsanzeiger" die Verteuerung des Milchviehs, die Erhöhung der Löhne und der Preise für Düngemittel, Geräte usw. angegeben. Die Betriebskosten seit Dezember v. Js. hätten sich um 90 Proz. gesteigert. Auf Erzeugerseite wurden im Ernährungsbeirat die Gestehungskosten für Milch erheblich höher als mit 1,20 M berechnet. Eine Forderung auf höhere Preisfestsetzung wurde aber nicht gestellt in der ausgesprochenen Absicht, daß insbesondere im Hinblick auf die sinkende Konjunktur im Wirtschaftsleben auf die Verbraucher Rücksicht genommen werden soll.

Von den Kirschenpreisen.

Vor etwa drei Wochen kamen in Württemberg die ersten Kirschen auf den Markt zu Pfundpreisen von 3.50 M. Dem entsetzten Publikum wurde damals von allen Seiten der Mund wäßrig gemacht: in der Hauptkirschenzeit bekommt ihr um 1 M. das Pfund. Das „Publikum" wartete mit jener Geduld und Langmut, die einer übt, der nichts anderes machen kann. Und wirklich, sie fielen die Preise. 3 M., 2.80 M., 2.50 M., 2 M., 1.90 M., 1.80 M. ... man sieht die Tendenz. Je weiter es runter geht, desto kleiner werden die Schritte. Wer aber vor etwa 8 Tagen, wo man schlechte Ware sogar um 1.50 M. haben konnte, nicht mit Todes-, wollte sagen Preisverachtung zugegriffen hat, kann heute nachgucken. Die süße Frucht kostet wieder über 2 M. Und die Regierung? Spotte keiner! Es ist nun einmal so, daß heutzutage das deutsche Publikum in jeglicher Wirtschafts-, in Kleider-, Schuh- und Brotnot an die Regierung denkt, wie jener schlechte Mathematikschüler, der sich die Regel angewöhnt hatte: und bist du dann in großer Not, so falle schnell ein Mittellot! Also die Regierung? An dem großen württembergischen Kirschenkorb gibt es ein Ventil, das sich nach Bayern öffnet. Böse Leute sagen, dieses Ventil sei an den Preisen schuld, und die Bayern täten mit dieser Gottesgabe nur Schnaps brennen. Dieses Ventil hat die württ. Regierung nun als Mittellot benützt im Sinne jenes Schwachmathikus: sie hat es zugemacht! Gibt nicht die Ursache des eingetretenen Preisrückgangs auf anderen Gebieten einen Fingerzeig dafür, wie man auch bei Kirschen durch Entsagung ein Gleiches erreichen kann? Ist denn das „herrliche deutsche Volk" einer derart maßlosen Genußgier verfallen, daß es nicht in größerem Umfang einmal diesem Augenblicksgenuß entsagen kann? Es scheint so. Kosten sie, was sie wollen, männiglich kauft, Jünglinge und Jungfrauen, nicht blos Halbwelt und Schieberkreise, Mamsellchen insbesondere, die ihren Tip-Verdienst in Kleiderland und Gaumengenüssen verputzen zu müssen glauben, sie alle kaufen und kaufen und spucken auf den Straßen der Stadt die Steine in die Luft. Kann nicht wenigstens in diesem einen Stück, und nur ein einzigesmal ein großer Teil von Volksgenossen zusammenstehen und sagen: wir verzichten aus freien Stücken auf einen Genuß, um endlich einmal zu sehen, ob Profitsucht und Mammonsgeist dauernd mit uns Ball spielen dürfen. Probieren wir's einmal beherzt, du und ich; vielleicht siegen wir, das gibt uns ein Gefühl der Kraft für ein andermal und unseren Hausfrauen die Möglichkeit, uns zu anständigen Preisen ein Kirschenmus zu kochen, damit wir im Winter nicht am Ende wieder die altbewährte preußische Marmelade streichen müssen.

Häutepreise.

Wie mitgeteilt wurde, soll auf der letzten Stuttgarter Häuteauktion ein Abschlag auf Großviehhäute bis zu 40 Proz. eingetreten sein. Das trifft jedoch nicht zu und stimmt nur im Vergleich mit der anfangs Mai stattgefundenen Auktion in Ulm. Inzwischen waren aber die Preise auf der mitteldeutschen Zentralauktion in Leipzig, Dresden und München auf 6—7 M zurückgegangen. Dagegen trat nun auf den weiteren Auktionen in Dresden, Stuttgart und Ulm wieder eine Preissteigerung ein, so daß sich der Preis von Häuten auf 10 M für das Pfund (bisher 7,25 M) stellte und vom tiefsten Stand eine Zunahme der Preise von mindestens 40 Proz. eintrat. Man kann daraus ersehen, daß die Schuhwaren nicht viel weiter sinken können als das in den letzten Tagen geschehen ist.

Preisermäßigung für Hufeisen.

Die Hufeisenvereinigung hat den Preis um 50 Mark auf 600 Mark pro 100 Kilogramm ermäßigt.

Ein Pilzjahr.

Ein ergiebiges Pilzjahr soll uns heuer bevorstehen. Schon jetzt gibt es sehr viele schöne Steinpilze, Bärentatzen, Eierschwämme.

Das Aussterben der Schwalben.

Schon seit Kriegsbeginn wird eine Abnahme der Schwalben beobachtet, die sich seit 1917 immer stärker bemerkbar macht und in diesem Frühjahr einen ganz außerordentlichen Grad erreicht hat. Diese Tatsache wird der Jagdzeitschrift „St. Hubertus" von einem Wiener Mitarbeiter und von anderen allgemein bestätigt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

M. **Neubulach**, 12. Juni. Anläßlich der auf den heutigen Tag fallenden Zurücklegung einer 25jährigen Tätigkeit unseres Hauptlehrers Herrn Stahl veranstaltete die Gemeinde-Vertretung einen Gemeinde-Abend, nachdem schon morgens eine Deputation derselben in der Wohnung des Jubilars die Glückwünsche und den Dank der Gemeinde für die bewährten Dienste unter Ueberreichung eines Angebindes ausgesprochen hatte und das Schulhaus äußerlich und im Innern durch reiche Ausschmückung an Blumen und Gewinden den Freudentag verkündete. Trotz der anstrengenden Heuernte fanden sich die Angehörigen der Gemeinde ein. Stadtschultheiß Müller begrüßte den Jubilar mit einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Gemeinde als solche und im Hinblick auf die Schulverhältnisse in den letzten 25 Jahren. Stadtpfarrer Schlaich hob die Bedeutung der Lehrer für die Erziehung und Bildung der Jugend hervor und wie sich die Schüler für ihr ganzes Leben einem tüchtigen Lehrer dankbar erweisen; anschließend gedachte er der Gattin des Jubilars, die mit dichterischer Begabung ausgerüstet, in so feinfühligen Tönen ihren Gefühlen Ausdruck geben könne und so namentlich in der schweren Kriegszeit dadurch manches Leid gemildert habe. Hauptlehrer Eberspächer von Altbulach sprach namens der Kollegen seinen Dank für die treue Freundschaft aus und hob das Ansehen hervor, das der Jubilar in Lehrerkreisen genieße. Der Jubilar dankte der Gemeinde und den Anwesenden für die Ehre, die ihm zuteil wurde und mahnte Eltern und Schüler zu weiterem Vertrauen zur Schule, die nur für das weitere Fortkommen der Jugend sorgen wolle. Der Abend verlief unter Vortrag einiger Lieder und Gedichte der Schüler in der Harmonie der Uebereinstimmung des Lehrers mit der Gemeinde.

(SCB.) **Neuenbürg**, 13. Juni. Der Goldarbeiter Christian Blaich von hier hat seinem Arbeitgeber, einem Pforzheimer Bijouteriefabrikanten nach und nach Gold im Wert von 3000 Mark **entwendet.** Das Schöffengericht Pforzheim hat ihn nun zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Dasselbe Gericht verurteilte den Hilfsarbeiter Emil Bogner zu 6 Monaten Gefängnis, weil er einem Bekannten vorschwindelte, er könne ihm zwei Goldplatten für 10 000 Mark verkaufen, aber das Geld verputzte, weil er ferner einen zur Umarbeitung anvertrauten Brillantring im Wert von 12 000 Mark versetzte.

(SCB.) **Oeschelbronn**, OA. Herrenberg, 12. Juni. Am Freitag früh wurde die 60 Jahre alte Ehefrau des Joh. Harr, Bauer, **geknebelt** tot im Viehstall aufgefunden. Die Tat wurde ausgeführt, solange die Angehörigen mit Heugrasmähen auf dem Felde beschäftigt waren. In der Wohnung, die am Ortsende, Mötzingen zu, gelegen ist, wurden Kleider, Bargeld und Sparkassenbuch entwendet. Die Täterschaft lenkt sich vorerst auf durchziehende Hamsterer.

(SCB.) **Feuerbach**, 12. Juni. Die Arbeiterschaft der Firma Bosch hatte im Laufe des Vormittags durch Sammlung von Unterschriften beschlossen, in der Mittagspause nicht, wie sonst üblich, **Kirschen** zu kaufen, falls diese wieder von den Händlern um 2—2,20 Mark angeboten würden. Die Händler hielten an ihren Preisen fest, die Arbeiterleute aber an ihrem Beschluß, und so mußten die Händler, vier an der Zahl, mit vollen Körben wieder abziehen. Zur Nachahmung empfohlen!

(SCB.) **Stuttgart**, 11. Juni. Die Stadtverwaltung hat sich genötigt gesehen, den Beitrag für Schülerspeisungen von 8000 auf 50 000 Mark zu erhöhen.

(SCB.) **Freudenstadt**, 12. Juni. Staatspräsident Blos hat am Freitag dem früheren Reichswehrminister Noske einen Gegenbesuch abgestattet. Auch der badische Staatspräsident Geiß soll zu einer politischen Aussprache hierher kommen.

(SCB.) **Freudenstadt**, 13. Juni. Dr. Würz hat sein **Sanatorium für Nerven- und innere Krankheiten** an Dr. Bauer **verkauft.**

Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.
Für die Schriftleitg. verantwortl.: J. V.: H. O. Röcker, Calw.

Stadtgemeinde Calw.

Bekanntmachung betr. Anmeldung zur Vergnügungssteuer.

Nach der Ministerialverfügung betr. die Vergnügungssteuer vom 20. Mai 1920 sind alle der Vergnügungssteuer unterliegenden Veranstaltungen spätestens an dem der Veranstaltung vorhergehenden Werktag und, sofern die Teilnehmer ein Eintrittsgeld zu bezahlen haben, spätestens zwei Tage vorher dem städt. Steueramt (Rathaus Zimmer Nr. 3) schriftlich oder mündlich anzuzeigen.

Die Karten, welche ausgegeben werden sollen, hat der Veranstalter bei der Anmeldung der Veranstaltung dem städt. Steueramt zur Abstempelung vorzulegen.

Die Steuersätze erhöhen sich um 50 v. H., wenn erst nach Ablauf der Anmeldefrist die Veranstaltung angemeldet wird oder die Karten vorgelegt werden oder wenn die Steuer nicht innerhalb 48 Stunden nach der Veranstaltung entrichtet wird.

Der Vergnügungssteuer unterliegen die folgenden oder darunter sinngemäß einzureihenden Veranstaltungen:

1. Tanzbelustigungen und Karnevalssitzungen, Kostümfeste u. ä.;
2. Vorführung beweglicher **Lichtbilder**;
3. **Volksbelustigungen** (Karussells, Schiffsschaukeln, Schießbuden, Würfelbuden, Kraftkammer u. ä.);
4. **Theatervorstellungen**;
5. sonstige von Menschen ausgeführte **Darstellungen** (Variete-, Spezialitäten- und Zirkusvorstellungen, Vorführungen der Tanzkunst u. ä.), Tingeltangel- und Kabarettvorstellungen und -vorträge, Vorstellungen in Marionetten- und Puppentheatern, Vorführungen abgerichteter Tiere;
6. **Vorträge**, Vorlesungen und Deklamationen; Konzerte;
7. andere musikalische Darbietungen;
8. Preiskegeln, Totalisatoren und sonstige zulässige **Glücksspiele**;
9. **sportliche** Veranstaltungen;
10. Ausstellungen, abgesehen von den nicht Erwerbszwecken dienenden Museen, Schaustellungen, Wohltätigkeitsveranstaltungen, sowie **Sehenswürdigkeiten** und **Lustbarkeiten** aller Art.

Den 12. Juni 1920.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.

Es ist in letzter Zeit wieder öfters vorgekommen, daß trotz bestehenden Verbots Wagen (meist voll beladen) über Nacht in der

Durchfahrt unter dem Rathaus

aufgestellt werden. Diese Durchfahrt dient bekanntlich im Falle eines Brandes als notwendige

Feuergasse,

die unter allen Umständen stets frei zu halten ist.

In Anbetracht der damit verbundenen Gefahren werden daher fernere Verfehlungen künftig strenge bestraft und aufgestellte Wagen auf Rechnung des Täters weggeführt werden.

Calw, den 14. Juni 1920.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Calw, „Badischer Hof".

Montag, den 21. Juni, abends 8 Uhr.

Schwäbische Volksbühne

in Verbindung m. d. Württ. Landestheater

Leitung: Ernst Martin.

„Der Strom"

Drama in 3 Aufzügen von Max Halbe.

Anfang 8 Uhr.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß es die letzte Vorstellung dieser Spielzeit der Schwäbischen Volksbühne ist. Der Erlös fließt in die Ferienkasse zugunsten der Mitglieder.

Kartenvorverkauf in der Buchhandlung Kirchherr, Badstraße, 1. Platz 5.50, 2. Platz 4.25, 3. Platz 3.— Mk.

Ein starker

Halbhund ist zugelaufen.

Abzuholen innerhalb 1 Woche gegen Futtergeld und Einrückungsgebühr bei

Ulrich Stickel
Oberkollbach.

Wir empfehlen als sehr preiswert:

Vollreis Pfd. 8.— Mk.
Bruchreis „ 5.— „
Cond. Milch Dose 11.— „
Ausl. Gries Pfd. 4.50 „
Gerstenflocken Pfd. 1.20 „
Haferflocken Pfd. 3.70 „
Maispuder, Maizena und Maismehl

Pfannkuch & Co.
Telefon 45.

50 Mark Belohnung

demjenigen, der mir eine

3 Zimmer-Wohnung

mit Zubehör verschafft.

Zu erfragen in der Gesch. des Blattes.

Wegen Abreise meines Zimmermädchens suche ich sofort eine tüchtige, zuverlässige

Stütze,

die Kenntnisse im Kochen hat und gute Zeugnisse aufweisen kann.

Frau **Gustav Heinrich Wagner**, Villa am Hirsauer Weg, Calw.

Ein jüngeres fleißiges

Mädchen

das zu Hause schlafen kann wird auf 1. Juli gesucht.

Bischoffstr. 481.

Ein braves, fleißiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, wird bei guter Verpflegung sofort gesucht bei

Frau Hch. Mohr, Pforzheim, Zerrennerstr. 51.

Tüchtige

Wirtschafterin

zur selbständigen Führung des Haushaltes für **sofort** gesucht. Gehalt nach Uebereinkunft. Zeugnisse und Referenzen einsenden

Gasthaus zur Sonne, Bad Liebenzell.

Calw, den 13. Juni 1920.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unsere liebe unvergeßliche Tochter, Schwester und Nichte

Maria

heute früh nach langem schwerem Leiden im Alter von 23 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer
Georg Pfau mit Familie.

Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr.

Für etwa freundlich zugedachte Blumenspenden wird im Sinne der Entschlafenen herzlich gedankt.

Unterreichenbach.

Prima Eichen-Sohlleder per Pfd. 45 Mark
„ Vache-Sohlleder per Pfd. 50 Mark
Oberleder 45—55 Mark per Pfd.
Herren- u. Damenschäfte (Boxcalf per Paar 118 Mark
billige **Nägel und Stifte**, billige **Schuhmacherartikel** empfiehlt

Lederlager Ludwig Bader.

Gesucht sauberes, ehrliches

Mädchen

in Küche und Wirtschaft. Hoher Lohn und gute Behandlung.

Emil Grimm z. „Stammheimer Hof", **Zuffenhausen**, Telef. 241.

Heirat

wünscht Witwer von 40 J. mit 3 kleinen Kindern, 15 000 Mk. Barvermögen und vollständiger Wirtschaft. Einheirat in kleinen Bauernhof wird bevorzugt.

Angebote, wenn möglich mit Bild sind an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten.

Ein zirka 6 Ztr. schweres

Zuchtrind

zu kaufen gesucht.

Von wem? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Salatöl
reinschmeckend
ist wieder eingetroffen.
K. Otto Vinçon.

Schönes

Maismehl

per Ztr. Mk. 90.—, sowie

Haferschalen

per Ztr. Mk. 26.— empfiehlt **Fritz Buob**, Gerberei, Badstraße.

Eine sehr wenig gebrauchte

Schreibmaschine

(Underwood) sowie einen fast neuen

Kassenschrank und **1 Copierpresse**

hat preiswert zu verkaufen **Steinbrück**, Liebenzell.

Ottenbronn.

Habe

4 Schafe

sowie eine starke, noch gut erhaltene

Futterschneid-Maschine

für Kraftbetrieb zu verkaufen.

Gottlieb Keck.

Auch zirka 20 Ztr. schönes

Haberstroh

hat zu verkaufen der Obige

Setze eine weiße, hornlose

Milchziege

dem Verkauf aus.

Gottlieb Maier, Hirsau.

Calw, den 14. Juni 1920.

Statt besonderer Mitteilung.

Todes-Anzeige.

Unsere liebe, treubesorgte Schwester, Schwägerin und Tante

Rösle Schwämmle

ist gestern Vormittag nach längerer Leidenszeit im 73. Lebensjahr zur ewigen Ruhe eingegangen.

Um stille Teilnahme bittet

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Gustav Schwämmle, z. „Ochsen".

Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. Juni nachmittags 4 Uhr statt.

Eine große Sendung guter und billiger

Zigaretten

aus goldgelbem Tabak ist eingetroffen.

Durch günstigen Einkauf, kann ich dieselben noch zu dem billigen Preis von

Mk. 240 pro %o
Mk. 270 pro %o
Mk. 360 pro %o
} ohne Hohlmundstück,

solange Vorrat
an meine werte Kundschaft abgeben.

Beste Gelegenheit für

für Wirte und Wiederverkäufer!

Robert Ott, Tabakwaren-Großhandlung, **Calw.**